

KULTUR

*
*
* * * * *

*(17)

Chinesisch-amerikanisches Forschungszentrum

Am 1. September 1984 fand an der Nanjing-Universität die Gründungsfeier für ein Chinesisch-amerikanisches Zentrum für kulturelle Forschung (Zhong-Mei wenhua yanjiu zhongxin) statt. Das Zentrum wird gemeinsam von der Nanjing-Universität und der Johns Hopkins University betrieben. Zweck der Einrichtung ist die Ausbildung von Hochschulstudenten, die sich mit China- und Amerikakunde befassen, sowie die Förderung des Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsaustauschs zwischen beiden Ländern. Es handelt sich um eine Lehr- und Forschungseinrichtung (RMRB, 3.9.84). -st-

*(18)

Konferenz über Medizin der Minderheiten

Vom 1.-5. September 1984 fand in Huhhot (der Hauptstadt des Autonomen Gebietes Innere Mongolei) eine vom Gesundheitsministerium und der Staatlichen Kommission für nationale Minderheiten veranstaltete Konferenz über die Medizin und Pharmazie der nationalen Minderheiten statt. Einhellig wurde auf der Konferenz die Meinung vertreten, daß es zur Rettung der Heil- und Arzneikunde der Minderheiten spezieller politischer Maßnahmen bedarf. An der Tagung nahmen Vertreter aus den 5 autonomen Gebieten, aus 12 Provinzen und aus einem Teil der autonomen Präfecturen teil; untersucht wurden die Fortschritte auf dem Gebiet der Minderheiten-Medizin seit der im letzten Jahr einberufenen Konferenz über die Gesundheitsarbeit bei den nationalen Minderheiten und die bestehenden Probleme. Die Medizin der Minderheiten wurde als "ein Teil des Schatzhauses der Heil- und Arzneikunde Chinas" angesehen; insbesondere die tibetische, mongolische, uigurische und Dai-Medizin hätten eine lange Geschichte, in deren Verlauf sich eigene Systeme herausgebildet hätten. Doch aufgrund von "linken" Einflüssen in der Vergangenheit und aufgrund der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit vieler Minderheitengebiete habe die Minderheitenmedizin große Schwierigkeiten, sich zu entfalten. Als Rettungsmaßnahmen wurden u.a. Unterstützung für berühmte Minderheitenärzte, organisatorische Maßnahmen, Übersetzungs- und Publikationstätigkeit sowie die wissenschaftliche Forschung mit Unterstützung von Medizinern und Pharmakologen, die in chinesischer

und westlicher Medizin ausgebildet sind, ins Auge gefaßt (RMRB, GMRB, 6.9.84).

Die Medizin der nationalen Minderheiten war in China ein lange vernachlässigtes Gebiet. Das Interesse der Han-Chinesen erklärt sich zum einen daraus, daß sie erkannt haben mögen, daß die Medizin der Minderheiten wertvolle Beiträge in der Geschichte der Medizin geleistet hat, zum anderen ist es Ausdruck der gegenwärtigen Minderheitenpolitik der Zentrale. -st-

*(19)

Bestimmungen für Auszeichnung wissenschaftlich-technischer Leistungen

Ausgehend von dem Gedanken, diejenigen, die Beiträge zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt leisten, zu belohnen, hat der Staatsrat am 12. September 1984 Bestimmungen erlassen, in denen Einzelheiten für die Auszeichnung besonderer Leistungen in Wissenschaft und Technik dargelegt sind. Die Bestimmungen wurden am 17.9.84 in der Volkszeitung und in der Guangming-Zeitung veröffentlicht (engl. Übers. SWB, 21.9.84).

Die Bestimmungen seien erlassen worden, um Einzel- oder Kollektivleistungen, die die Wissenschaft und Technik voranbringen, zu belohnen und um das Engagement und die Kreativität der Wissenschaftler und Techniker zu fördern. Belohnungen werden bei wissenschaftlichen und technischen Neuerungen erteilt, die für die sozialistische Modernisierung anwendbar sind; ferner werden belohnt Leistungen auf dem Gebiet der Verbreitung oder Anwendung bereits vorhandener fortgeschrittener wissenschaftlicher oder technischer Errungenschaften sowie Leistungen auf dem Gebiet des Wissenschafts- und Technologie-Managements, der Standardisierung, der Metrik und der wissenschaftlich-technischen Information (Art.2). Auszeichnungen werden auf nationaler und Provinzebene verliehen (Art.3). Art.4 bestimmt, welche Leistungen auf nationaler Ebene belohnt werden können: (a) Neue wissenschaftliche und technische Leistungen (einschließlich neuer Produkte, Materialien und biologischer Züchtungen), die in China neu erfunden sind, auf dem betr. Sektor fortschrittlich sind oder bei denen die Praxis erwiesen hat, daß sie bedeutende wirtschaftliche Erträge bringen oder große gesellschaftliche Wirkung haben. Nach Art.5 gibt es drei Klassen von Auszeichnungen, die mit je 15.000, 10.000 bzw. 5.000 Yuan festgesetzt sind. In ganz besonderen Fällen kann ein

noch höherer Geldpreis verliehen werden (Art.6). Art.7-9 regeln die Auswahlprozedur für die Auszeichnungen, für die ein Prüfungskomitee zuständig ist; dieses prüft auch evtl. eingehende Beschwerden. Die restlichen Artikel befassen sich mit Einzelheiten über die Auszeichnung.

In einem Leitartikel verteidigt die Volkszeitung vom 17.9.84 die Politik, bedeutende wissenschaftliche und technische Leistungen, die oft Profite in Millionenhöhe brächten, auszuzeichnen. Zugleich wendet sich der Leitartikel, ebenso wie derjenige der Guangming-Zeitung vom selben Tage, gegen jegliche Art von "Egalitarismus". Für mehr Leistung müßte es auch mehr Bezahlung geben.

Die erste Belohnung ist bereits erteilt worden: Sie ging an eine Agronomin; für ihre neue Züchtung einer Hohertragsorte Winterweizen erhielt sie von der Beijinger Regierung 10.000 Yuan (XNA, 1.9.84). -st-

*(20)

Unruhen an der Nanjing-Universität
Eine Hongkonger Zeitung berichtete kürzlich über Studentenunruhen, die Ende Mai 1984 an der Nanjing-Universität (Nanda) stattgefunden haben sollen (Baixing, 1.9.84, nach SWB, 5.9.84). Die Unruhen sollen durch eine Entscheidung des Beijinger Erziehungsministeriums vom Mai ausgelöst worden sein, nach der zehn ausgewählte Schwerpunkthochschulen vom Staat besondere Vergünstigungen zugesichert bekamen, u.a. eine zusätzliche staatliche Zuwendung von 100 Mio. Yuan, wobei allerdings die renommierte Schwerpunkthochschule in Nanjing ausgeschlossen blieb. Zu den speziell geförderten Hochschulen unter den etwa 100 Schwerpunkthochschulen zählten die Beijing-Universität, die Qinghua-Universität und die Medizinische Hochschule Beijing, die Nankai-Universität in Tianjin und die Fudan- und Jiaotong-Universität in Shanghai. Die Shanghai-Universitäten sollen ursprünglich nicht eingeschlossen gewesen sein, doch soll der Präsident der Fudan-Universität, der auch Mitglied des ZK ist, mit Erfolg Protest in Beijing eingelegt haben.

Die Entscheidung des Beijinger Erziehungsministeriums wurde in der Nanda als Affront und Hinweis dafür empfunden, daß im Erziehungswesen und im akademischen Bereich wie eh und je Faktionalismus und Cliquenwirtschaft herrschten und daß die nördliche Clique absichtlich die Universitäten des Südens ausgeschlossen habe.

Über die Reaktion an der Nanda berichtet die Hongkonger Zeitung zusammengefaßt wie folgt:

Nachdem die Entscheidung des Erziehungsministeriums Mitte Mai in Nanjing bekannt wurde, begann es an der Universität zu gären. Daraufhin ergriff die Führung der Nanda folgende Maßnahmen: Sie versuchte die Studenten zu beruhigen und forderte sie auf, konkrete Reformvorschläge zu unterbreiten, damit diese im Parteikomitee diskutiert werden könnten. Zugleich wandte sie sich an die Polizei der Stadt Nanjing mit der Bitte, Einheiten in die Universität zu schicken, um einer möglichen Verschlimmerung der Lage vorzubeugen. Infolge der Anwesenheit bewaffneter Polizeieinheiten in der Universität begann sich die Situation zu eskalieren: Es kam zu Protestkundgebungen, wobei insbesondere die Jurastudenten auf das in der Verfassung verbriefte Demonstrationsrecht hinwiesen. Außerdem taten die Studenten ihre Unzufriedenheit in Wandzeitungen kund. Am 28. Mai kritisierten einige Postgraduierte der Geisteswissenschaften auf einer Wandzeitung am Schwarzen Brett der Universität, das Parteikomitee der Universität vernachlässige die geisteswissenschaftliche Fakultät und versäume es, die Politik gegenüber den intellektuellen richtig durchzuführen. Die Folge davon sei ein empfindlicher Qualitätsverlust an wissenschaftlichem Niveau, und darin sei auch der Grund zu suchen, weshalb die Nanda nicht zu den zehn Spitzenuniversitäten gezählt worden sei. In den folgenden Tagen erschienen weitere Wandzeitungen, auf denen der Ruf nach Ablösung der Universitätsleitung und nach umfangreichen Reformen laut wurde. Immer mehr Studenten, und zwar aller Fakultäten und aller Jahrgänge, beteiligten sich an den Aktivitäten. Am 29. Mai wechselten die Wandzeitungen das Thema; statt Reformen forderten die Studenten nunmehr die Ausschaltung der "linken" Kräfte an der Universität, die Absetzung des Sekretärs des Universitäts-Parteikomitees und die Wiedereinsetzung des ehemaligen Universitätspräsidenten Prof. Kuang Yaming (Prof. Kuang war angeblich abgesetzt worden, weil er alte Lehrer bei der Verteilung von Wohnungen und Häusern bevorzugt haben soll). Eine Abordnung der Studenten sollte den Parteisekretär der Universität treffen, wurde aber von der bewaffneten Polizei zurückgewiesen.

Daraufhin zogen am Abend des 30. Mai etwa 1.500 Studenten vom Universitätsgelände zum Gebäude der Provinzregierung von Jiangsu, um den Gouverneur zu sprechen. Als

ihnen dieses Anliegen von den Posten am Eingang verwehrt wurde, versuchte eine kleine Gruppe, sich mit Gewalt Einlaß zu verschaffen, wurde aber von der Mehrzahl der Studenten abgehalten. Nach längerem Verhandeln sicherte das Personal der Provinzregierung zu, am folgenden Tag Leute zu entsenden, die die Universität inspizieren sollten. Als die Studenten gegen Mitternacht wieder auf dem Universitätsgelände anlangten, fanden sie eine Mitteilung des Parteikomitees vor, daß Reformen unter der Führung der Partei durchzuführen seien und die Studenten ihre Anliegen "Ebene für Ebene" (d.h. ordnungsgemäß über den Instanzweg) vorzubringen hätten. Am Morgen des 31. Mai waren alle Wandzeitungen der Studenten entfernt und nur die Mitteilung des Parteikomitees noch da. Doch innerhalb weniger Stunden wurden wieder neue Wandzeitungen angebracht, diesmal mit einem relativ vollständigen Reformprogramm und der abermaligen Forderung nach Rücktritt der Universitätsleitung.

Nach Ansicht der Hongkonger Zeitung sollen die Unruhen spontan ausgebrochen sein, doch soll die Studentenvereinigung der Universität von Anfang an Sympathie geäußert und ihre Unterstützung gegeben haben. Hingegen hätten die Lehrer, nachdem sie anfangs mit den Studenten sympathisiert hätten, eine reservierte Haltung eingenommen; die Lehren aus der Vergangenheit hätten sie zum Schweigen gebracht.

Um ein Ausweiten des Konflikts zu verhindern und ein Bekantwerden des Zwischenfalls zu unterbinden, aber auch, um dem Vorwurf zu begegnen, man habe den Vorfall auf die leichte Schulter genommen, habe das Parteikomitee der Provinz Jiangsu den Fall umsichtig und wirksam behandelt, indem es Leute in die Universität schickte, die die Lage untersuchen und mit verschiedenen Gruppen verhandeln sollten. Abschließend habe das Provinz-Parteikomitee den Vorfall wie folgt beurteilt: "Zu dem Zwischenfall kam es aufgrund zahlreicher Probleme, die man hätte lösen können. Doch der Grund für die Zuspitzung sei gewesen, daß die Universitätsleitung den Zwischenfall nicht richtig gehandhabt habe und bei der Ausübung ihrer Führungsfunktionen zu schwach gewesen sei."

Studentenprotest hat im China des 20. Jahrhunderts Tradition und ist im Grunde nichts Außergewöhnliches. Auch in den letzten Jahren ist es mehrfach zu Studentendemonstrationen gekommen, doch wird von offizieller Seite durchweg Schweigen darüber gewahrt. Auch im vor-

liegenden Fall haben die Behörden versucht, den Fall zu verheimlichen. Möglicherweise wollten sie ein Übergreifen der Unruhen auf andere Hochschulen verhindern. Wahrscheinlich aber ist, daß die in Führungspositionen befindlichen Parteileute sich gegenseitig schützen und sich nicht der Kritik von außen beugen wollten, um an der Macht bleiben zu können. Lediglich ein indirekter Hinweis, daß an der Nanjing-Universität nicht alles in Ordnung war, fand sich in der chinesischen Presse: Am 7. September, also kurz nach Beginn des neuen Studienjahres, gab Erziehungsminister He Dongchang auf einer Vertreterversammlung der Lehrkräfte, Angestellten und Arbeiter der Nanda die Ernennung eines neuen Universitätspräsidenten bekannt (GMRB, 8.9.84). Über die Hintergründe für diesen hohen Besuch an der Nanda und für die Neuernennung freilich verlautete nichts. -st-

*(21)

Gesellschaft für Seniorenbildung und Seniorenhochschulen

In Beijing wurde kürzlich eine Chinesische Gesellschaft für Seniorenbildung gegründet. Wie es heißt, handelt es sich um eine inoffizielle Organisation, die sich zum Ziel setzt, Hochschulen für ältere Bürger zu betreiben, Erziehungsmöglichkeiten für Senioren zu studieren und Erziehungsberatung anzubieten. Die Gesellschaft will dazu beitragen, das kulturelle Leben der älteren Bürger zu bereichern (XNA, 10.9.84). Inzwischen sind an verschiedenen Orten Hochschulen für Senioren gegründet worden. Die erste ihrer Art wurde in der Provinz Shandong eingerichtet; sie wird vom Roten Kreuz der Provinz Shandong und von der Provinzregierung betrieben. Ähnliche Einrichtungen gibt es auch in Guangdong, Hunan, Heilongjiang, Hebei und Beijing. Als erste Hochschule dieser Art hatte das Shandong Institut einen großen Andrang von Bewerbern zu verzeichnen. Da jedoch Hochschulen für alte Leute im ganzen Land eingerichtet werden sollen, wurde nur jeweils ein Bewerber aus jeder Provinz aufgenommen. An der Hochschule studieren 980 alte Leute. Der Fächerkatalog umfaßt Gesundheitsfürsorge, Sport, Diät, Gartenkultur, Kalligraphie, Kunst, Geschichte, Geographie, Literatur, Naturwissenschaften, Musik und Photographie. Die Guangdonger Linghai-Hochschule bietet Kurse für Übersetzungen vom Englischen ins Chinesische, klassische chinesische Dichtung und chinesische Malerei. Diese Hochschule wird von der Lokalregierung finanziert (XNA, 20.8.84). -st-

*(22)

Mehr Selbstverwaltung für die Schulen

Im chinesischen Schulsystem wird gegenwärtig eine Verwaltungsreform mit dem Ziel, mehr Selbstverwaltung an den Schulen einzuführen, in Angriff genommen. Die Reform wird bisher nicht einheitlich für das ganze Land durchgeführt, weil die Voraussetzungen zu unterschiedlich sind. Vielmehr haben sich einige Provinzen und einige Schulen zu Vorreitern der Reform entwickelt.

So hat die Erziehungsabteilung der Provinz Sichuan verfügt, daß mit Beginn des neuen Schuljahres an den Grund- und Mittelschulen der gesamten Provinz das Verantwortlichkeitssystem und eine begrenzte Amtszeit für den Schulleiter eingeführt werden sollen. Die Erweiterung der Befugnisse der Schulen erstreckt sich u.a. auf folgende Punkte: 1. Der Schulleiter wird von den Lehrern, Angestellten und Arbeitern einer Schule gewählt und im Einvernehmen mit den Behörden für drei Jahre ernannt. Wenn er seine Sache gut macht, kann er sein Amt weiterführen. Der stellvertretende Schulleiter und die mittleren Schulkader werden vom Schulleiter ernannt. 2. Der Schulleiter kann bestimmen, wie und wo er die Lehrer einsetzt. 3. Er kann die von den Erziehungs- und Personalbehörden zugewiesenen Lehrer entsprechend ihren Verwendungsmöglichkeiten einstellen oder ihre Einstellung ablehnen. 4. Er kann den Lehrern unter der Voraussetzung, daß sie ihre Lehrverpflichtungen erfüllen, Außenaktivitäten gestatten. 5. Die Schule kann die staatlichen Zuwendungen nach eigenem Ermessen verbrauchen (GMRB, 14.8.84).

Ein konkretes Beispiel für die Verwaltungsreform an Schulen wird uns in einem Bericht des Schulleiters der Shanghaier Yucai-Mittelschule vor Augen geführt (vgl. RMRB, 2.9.84). Nach den Worten des Schulleiters geht es bei der gegenwärtigen Schulreform zumeist um die Kompetenzen des Schulleiters, d.h. um das Recht der Bewirtschaftung, der Einstellung und Entlassung, der Festsetzung der Gehälter usw. Seiner Meinung nach sei aber das Wichtigste bei der Verwaltungsreform so, wie sie jetzt an seiner Schule durchgeführt werde, die Arbeitsteilung zwischen Partei und Verwaltung, die Vereinfachung der Verwaltungsebenen und die Verwirklichung des Verantwortlichkeitssystems beim Schulleiter.

Da die detaillierten Ausführungen des Schulleiters der Shanghaier Mittelschule Aufschluß über den

Schulbetrieb als solchen geben, sollen sie im folgenden ausführlich wiedergegeben werden.

1. Arbeitsteilung zwischen Partei und Verwaltung: Der Parteizelle der Schule kommt die Führungsrolle zu, die hauptsächlich darin zum Ausdruck kommt, daß die Partei die Durchführung der Verwaltungsaufgaben der Schule gemäß den Richtlinien der Partei gewährleistet und beaufsichtigt; ferner diskutiert und entscheidet die Parteizelle über wichtige Fragen grundsätzlicher Art. Sie soll jedoch nicht die eigentliche Verwaltungsarbeit übernehmen, sondern lediglich gewährleisten, daß das für die Verwaltung verantwortliche Personal seine Aufgaben selbst erfüllen kann.

2. Die Verwaltung: Die Verantwortung für die Verwaltung trägt der Schulleiter. Höchstes Führungsorgan der Schulverwaltung ist das Komitee für Schulangelegenheiten. Dieses setzt sich aus zwei Komitees, dem Komitee für ideologische Arbeit und dem Komitee für Unterrichtsforschung, sowie einem Büro für Schulangelegenheiten zusammen.

Das Komitee für ideologische Arbeit wird vom Sekretär der Parteizelle geleitet, Stellvertreter sind der Schulleiter, der Vorsitzende der Gewerkschaft, der Sekretär der Jugendligazelle und der Tutor der Jungen Pioniere. Mitglieder dieses Komitees sind der Leiter der Gewerkschaftsgruppe, Vertreter der Jahrgangs- und Klassenlehrer sowie Vertreter der Schülerversammlung und der Klassenräte. Dieses Komitee ist für die ideologische und politische Arbeit der Schule verantwortlich, und zwar sowohl im Hinblick auf die Lehrer als auch auf die Schüler.

Das Komitee für Unterrichtsforschung wird vom Schulleiter geleitet, Stellvertreter ist der stellvertretende Schulleiter. In dem Komitee ist jedes Unterrichtsfach durch eine Person vertreten. Das Komitee ist für den Unterricht und die Erziehungsreform zuständig.

Das Büro für Schulangelegenheiten ist durch Zusammenlegung der Abteilung für Unterricht und der Abteilung für allgemeine Angelegenheiten entstanden.

Durch die neue Struktur ist die Ebene des Unterrichtsdirektors (entspräche etwa unserem Oberstudienrat) eingespart worden, was zu Personalabbau geführt hat.

Um mehr mittelalte und jüngere Kader heranzubilden und den Austausch zwischen jungen und alten Kadern zu verbessern, wurden im

Komitee für Schulangelegenheiten bis hin zu den beiden Komitees für ideologische Arbeit und Unterrichtsforschung geschäftsführende Sekretariate, bestehend aus ein bis drei Personen, eingesetzt. In ihnen tun mittelalte und jüngere Kollegen Dienst, die aus den Reihen der Lehrer, Angestellten und Arbeiter gewählt wurden. Aufgabe der Sekretariate ist es, den Komitees aufgrund ihrer Verbindung mit der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit Vorschläge zu unterbreiten und aufgrund ihrer praktischen Arbeit die Kompetenz zu erhöhen und neue Kräfte heranzubilden.

Was die Verantwortlichkeit des Schulleiters angeht, so müssen die kollektive Führung und demokratische Verwaltung der Schule verstärkt werden. Zu diesem Zwecke soll die Vertreterversammlung der Lehrer, Angestellten und Arbeiter mehr zur Geltung kommen, indem der Schulleiter die Beschlüsse der Versammlung ausführt und bei wichtigen Fragen gemeinsam diskutiert und entschieden wird. Zur Förderung des demokratischen Betriebes der Schule soll auch die Rolle der Schülervertreter- und Jugendligavertreter-Versammlung sowie der Klassenräte gestärkt werden.

Den Lehrern wird Wertschätzung und Vertrauen entgegengebracht. Die Stärken und Schwächen jedes einzelnen Lehrers werden bei der Arbeitszuweisung berücksichtigt, so daß jeder bestmöglich eingesetzt ist. Wenn es unter dem Personal Leute gibt, die nichts leisten, die dauernd bummeln, krank sind oder frei machen, dann greift die Schulleitung mit harter Hand durch. Zur Stärkung des Ansehens der Lehrer hat man sie von der Anwesenheitspflicht von täglich acht Stunden entbunden und für sie das Dienstsysteem eingeführt, d.h. jeden Tag muß einer im Büro Dienst tun. Ansonsten können sich die Lehrer ihre Arbeitszeit außerhalb des Unterrichts frei einteilen. Die Praxis hat bewiesen, daß die meisten Lehrer seit Einführung des Dienstsystems mehr arbeiten.

Nach den Worten des Schulleiters der Yucai-Mittelschule ist es das Ziel der Verwaltungsreform an seiner Schule gewesen, die Dienstleistungsfunktion der Schule, nämlich daß sie Schüler ausbilden soll, stärker hervortreten zu lassen; außerdem sollen die wechselseitigen Beziehungen der einzelnen Arbeitsbereiche an der Schule gefördert und die Kommunikationskanäle zwischen der Schulleitung auf der einen und den Lehrern, Angestellten und Arbeitern auf der anderen Seite durchlässiger gemacht werden. Dadurch soll die gesamte Arbeit lebendiger werden.

Zum Schluß unterbreitet der Schulleiter noch seine Vorstellung davon, wie die Überprüfung der Lehrer (in bezug auf ihre Kompetenz und Leistungsfähigkeit) zu handhaben sei. Nach Beendigung einer Schulperiode sollen die Lehrer und Tutoren ihren Unterricht anhand ihrer eigenen typischen Fälle zusammenfassen und zuerst mit den Kollegen in ihrem eigenen Büro (die Büros sind nach Jahrgängen eingeteilt) beurteilen. Danach soll die Meinung der Schüler gehört werden. Bei der Beurteilung ist zu prüfen, wieweit die typischen Fälle den Tatsachen entsprechen und welches Resultat erreicht wurde. Hinzu kommen regelmäßiger Erfahrungsaustausch, abwechselnde Bewertung des Unterrichts und gegenseitiges Zuhören im Unterricht. Nachdem die Sache vor die Vertreterversammlung der Erziehungsarbeiter gebracht worden ist, wird die Beurteilung nach vier Kategorien vorgenommen: gut, mittel, ausreichend und vorübergehend keine Beurteilung. Das Beurteilungsmaterial steht allen zur Einsicht zur Verfügung, und bei abweichenden Meinungen kann erneut diskutiert werden. Auf diese Weise wird die Beurteilung eines Lehrers relativ richtig ausfallen.

So weit der Bericht des Schulleiters der Yucai-Mittelschule in Shanghai, einer Schule, die sehr renommiert und daher mit Sicherheit eine Schwerpunktschule ist. Die Schwerpunktschulen erfüllen in bezug auf die Erziehungsreform und sonstige Neuerungen immer eine Vorreiterfunktion, die offensichtlich auch im vorliegenden Fall zum Tragen kommt. Die übrigen Schulen folgen je nach ihren Möglichkeiten dem Beispiel der entsprechenden Schwerpunktschulen.

Das Wichtigste bei der beschriebenen Reform an der Yucai-Mittelschule scheint die strikte Aufgabenteilung zwischen Partei und Verwaltung zu sein. Vor der Reform scheint die Partei ihre Kompetenzen ständig überschritten und sich in die Verwaltung eingemischt zu haben. Nunmehr beschränken sich die Funktionen der Partei praktisch allein auf die Schulaufsicht. Für die Durchführung des Unterrichts und die täglichen Verwaltungsaufgaben ist die Schulleitung zuständig, wobei der Schulleiter verantwortlich zeichnet. Durch diese Regelung ist die Selbstverwaltung der Schule voll gewährleistet.

Der Schulbetrieb ist weitgehend demokratisiert: Über ihre Vertreterversammlung haben alle Lehrer, Angestellten und Arbeiter der Schule ein Mitspracherecht, und

selbst die Beurteilung der Lehrer wird demokratisch gehandhabt dadurch, daß die betreffenden Lehrer ebenso wie ihre Kollegen und sogar die Schüler ihre Meinung vorbringen können, so daß falsche oder willkürliche Beurteilungen ausgeschlossen werden können. -st-

*(23)

Kritik an Mängeln bei den Schwerpunktschulen

Am 6. September 1984 erschien in der Guangming-Zeitung eine heftige Kritik an verschiedenen Mängeln bei den Schwerpunktschulen, jenen Eliteschulen auf allen Schulebenen, die das chinesische Erziehungssystem nach ihrer Abschaffung in der Kulturrevolution seit mehreren Jahren wieder erlaubt. Die Schwerpunktschulen waren nie unumstritten, fördern sie doch ein ungleiches Schulsystem und verschaffen den Absolventen dieser Schulen ungleiche Vorteile gegenüber denjenigen, die keine Schwerpunktschule besucht haben. Doch angesichts des weithin rückständigen Bildungswesens und angesichts des Bedarfs an hochqualifizierten Fachkräften in Wissenschaft und Technik, wie sie die Modernisierungspolitik erfordert, hält die Regierung gegenwärtig an den Eliteschulen fest. Auch der Verfasser des Artikels geht davon aus, daß es die Schwerpunktschulen geben sollte, doch ist er der Meinung, daß sie sich in freiem Wettbewerb entfalten und von sich aus bilden sollten und daß sie sich nicht auf die Ernennung von oben verlassen sollten. Wenn sie nicht künstlich ernannt würden, dann könnten auch viele ihrer Mängel behoben werden.

Der Verfasser zählt sieben Punkte auf, die seiner Meinung nach besonders mißlich sind:

1. Im allgemeinen versetzen die Schulbehörden hervorragende Lehrer von anderen Schulen an die Schwerpunktschulen. Dies führt bei den normalen Schulen zu einem Lehrkraftmangel.

2. Es wird ein Gegensatz zwischen Schwerpunktschulen und normalen Schulen geschaffen. Viele Schwerpunktschulen verfolgen einseitig das Ziel, eine möglichst hohe Schülerzahl zu haben, die die Hochschuleingangsprüfung besteht, d.h., sie haben nur die Oberstufe der Mittelschule im Auge und vernachlässigen die Unterstufe. Eine ganze Reihe von Absolventen der Unterstufe einer Schwerpunktmittelschule wird an normale Schulen abgegeben, und die besten Schüler der normalen Schulen werden für die Schwerpunktschulen ausgewählt. Wie sollen da die Schulleitung und die Lehrerschaft motiviert werden?

3. Die Schwerpunktschulen lassen ihren Schülern meist keine umfassende Bildung auf moralischem, wissenschaftlichem und sportlichem Gebiet zukommen. Die Betonung liegt auf der Wissensvermittlung, wohingegen die politische Bildung vernachlässigt wird.

4. Das Engagement der Lehrer auf den normalen Schulen kann sich nicht entfalten. Viele dieser Lehrer meinen, daß ihnen die besten Schüler sowieso von anderen abgezogen würden, und es ist ihnen daher egal, ob die Schüler gut oder schlecht lernen.

5. Auch der Eifer der Schüler auf den normalen Schulen kann nicht geweckt werden. Dadurch, daß man künstlich Hierarchien schafft, haben viele Schüler der normalen Schulen Minderwertigkeitskomplexe, sie glauben, daß keine Hoffnung besteht, die Hochschuleaufnahmeprüfung zu bestehen, und daß sie auch im Beruf Schwierigkeiten haben werden. Die Folge ist, daß sie sich keine Mühe geben beim Lernen.

6. Das Schwerpunktschulsystem gibt Schülern, die durchaus Fähigkeiten haben, aber Spätentwickler sind, keine Chance.

7. Die Schwerpunktschulen sind von geringem Nutzen für die Erziehungsreform. Bei den Behörden ebenso wie in der Gesellschaft wird der Erfolg einer Grund- oder Mittelschule nur danach beurteilt, wieviele Schüler die Aufnahmeprüfung für die nächst höhere Schule bestanden haben. Um die Schüler möglichst gute Noten kriegen zu lassen, wagen viele Lehrer keine Reformen und keine Experimente. Im Gegenteil, sie unterrichten nach der Methode des "Mästens" mit dem Ergebnis, daß die Schüler keine solide Grundlage haben und ihre Fähigkeit, Probleme zu analysieren und zu lösen, gering ist.

Um das Problem der Schwerpunktschulen zu lösen, empfiehlt der Verfasser den Behörden, die Angelegenheit zu untersuchen und die Ansichten aller Betroffenen, einschließlich der Lehrer von normalen Schulen, zu hören. -st-

*(24)

Wer soll über Kunstwerke entscheiden?

Ein Kommentar der Volkszeitung (RMRB, 3.9.84) plädiert für mehr Mitspracherecht bei Entscheidungen darüber, ob ein Kunstwerk Verbreitung finden soll oder nicht. In der praktischen Arbeit des Kulturlebens, so heißt es in dem Kommentar, sehe man sich oft vor die Frage gestellt, ob ein Film gezeigt, ein Theaterstück gespielt, ein Lied im Radio gesendet oder

ein Bild ausgestellt werden könne. Die Genossen in den Kulturbehörden seien in solchen Fällen ziemlich ratlos und hofften, daß ein führender Genosse hervortritt und das letzte Wort spricht. Im Hinblick auf Filme habe kürzlich ein ZK-Mitglied die Weisung ausgegeben, man solle künftig die Methode, daß ein Mann das endgültige Urteil über "Leben" oder "Tod" eines Filmes ausspreche, abschaffen. Diese Weisung sei von großer Bedeutung und stehe im Einklang mit der Ansicht des ZK, die Führung über Literatur und Kunst zu demokratisieren. Bei kontroversen Meinungen über ein Kunstwerk sollte nicht ein Mann das letzte Wort haben, sondern die Volksmassen sollten auch gehört werden. Der Artikel weist darauf hin, daß zu den Volksmassen auch die Experten gehörten. Mit anderen Worten, der Kommentar fordert, daß künftig mehr auf das Urteil von Fachleuten gehört wird und nicht ein einzelner politischer Führer entscheidet, ob ein Roman, Theaterstück, Film oder Lied dem Publikum zu präsentieren sei. -st-

*(25)

Ehrungen für Konfuzius

In Qufu, dem Geburtsort des Konfuzius, wurde am 22. September 1984 vor dem Dacheng-Tempel in einer feierlichen Zeremonie die große, restaurierte Konfuzius-Statue enthüllt. An der Zeremonie nahmen über dreihundert Gäste aus dem In- und Ausland teil, darunter auch Auslandschinesen, Chinesen aus Hongkong und Macao und Nachfahren des Konfuzius. Die Konfuzius-Statue war in der Kulturrevolution zerstört worden. Ihre Restaurierung wurde vor einigen Jahren in der Zentrale beschlossen. In der entsprechenden Meldung in der Volkszeitung wird Konfuzius als "bekannter Denker, Erzieher und Politiker des chinesischen Altertums und Begründer des Konfuzianismus" bezeichnet (RMRB, 23.9.84). Wie es weiter in der Meldung hieß, fand zur gleichen Zeit in Qufu ein Symposium über Konfuzius' pädagogische Ideen statt, das gemeinsam von der Pädagogischen Gesellschaft Chinas und Shandongs sowie vom Institut für Konfuzius-Studien der Pädagogischen Hochschule Qufu veranstaltet wurde. An der Tagung nahmen über 120 Personen teil.

Im Rahmen der Qufuer Konferenz wurde außerdem eine Konfuzius-Stiftung gegründet sowie die Gründung einer Konfuzius-Gesellschaft ins Auge gefaßt. Die Stiftung will ein Forschungszentrum für Konfuzius-Studien bauen, ein Konfuzius-Museum einrichten, Werke von und über Konfuzius herausgeben bzw. veröffentlichen und histori-

sche Stätten, die in Zusammenhang mit Konfuzius stehen, schützen und renovieren. Sie wird auch Auszeichnungen an Wissenschaftler vergeben, die besondere Leistungen auf dem Gebiet der Konfuzianismus-Forschung erbracht haben (XNA, 24.9.84). Staatsrat Gu Mu wurde zum Ehrenpräsidenten der Stiftung ernannt. Kuang Yaming, ein bekannter Konfuzianismus-Forscher, wurde zum Präsidenten der Stiftung und zugleich zum Leiter der Vorbereitungsgruppe für die Konfuzius-Gesellschaft ernannt (Xinhua, chin., 27.9.84, nach SWB, 2.10.84).

Auch in Beijing fand ein Symposium über Konfuzius statt, und zwar über seine Ideen. Anlaß war der 2535. Geburtstag von Konfuzius am 28. September 1984. Zu dem Symposium, an dem 65 Fachleute und Gelehrte aus Beijing teilnahmen, hatte die Gesellschaft für die Geschichte der chinesischen Philosophie eingeladen. Die Eröffnungsrede hielt der Vorsitzende dieser Gesellschaft, Prof. Zhang Dainian. Er würdigte Konfuzius als jemanden, der sich hervorragende Verdienste um die Blüte der chinesischen Kultur erworben habe. Selbstverständlich habe Konfuzius durch Geschichte und Klassen bedingte Grenzen gehabt, aber wichtig seien seine Verdienste um die chinesische Kultur. Im Feudalzeitalter habe man Konfuzius zum Idol gemacht und verehrt, und man habe seine Wertmaßstäbe zum absoluten Maßstab gemacht, wodurch die Weiterentwicklung der Ideen verhindert worden sei. In den "zehn Jahren der Unruhen" habe die "Viererbände" die Würdigung der Legalisten und die Kritik am Konfuzianismus betrieben und Konfuzius total abgelehnt. Das zeige nur deren Anmaßung und Unwissenheit. Abschließend rief Prof. Zhang dazu auf, Konfuzius unter der Leitung des Marxismus gründlich zu erforschen und richtig zu bewerten.

Weitere Diskussionsbeiträge zu dem Symposium kamen von Hou Wailu (schriftlich), Feng Youlan, He Lin, Chen Yuanhui, Ren Jiyu, Yang Shangkui, Mao Lirui, Xing Bisi, Luo Guojie, Du Renzhi (schriftlich), Ding Weizhi, Li Zehou, Zhang Hengshou und Wu Yu (GMRB, 30.9.84).

Unter diesen Namen befinden sich altbekannte Gelehrte wie Feng Youlan, der aufgrund seiner Forschungen über den Konfuzianismus in den vergangenen drei Jahrzehnten mehrfach kritisiert worden ist, zuletzt noch nach dem Sturz der Vier, weil man ihm vorwarf, sich mit den "Linken" eingelassen zu haben, weiter Hou Wailu, bekannt für seine Geschichte der chinesischen Philosophie, sowie Wu

Yu, der bereits in der Bewegung des 4. Mai (1919) als radikaler Kritiker des Konfuzianismus hervorgetreten war. Die Liste enthält jedoch auch Namen von Wissenschaftlern mittleren Alters, die eine neue Generation von Konfuziusforschern vertreten. -st-

*(26)

Neues Theaterstück "Lied der chinesischen Revolution" zum Nationalfeiertag

Am Abend des 28. September 1984 erlebte ein neues Theaterstück, das historische Musik- und Tanzepos "Lied der chinesischen Revolution" (Zhongguo geming zhi ge) in Beijing vor 1.300 Zuschauern, darunter der gesamten Staats- und Parteiführung, seine Uraufführung. Das Stück war in zweijähriger Arbeit speziell für den 35. Gründungstag der Volksrepublik China geschaffen worden. Es stellt eine Kombination aus Tanz, Musik und einer Reihe von dramatischen Szenen dar (wie im chinesischen Theater üblich) und besingt den historischen Prozeß der chinesischen Revolution vom Opiumkrieg bis zum XII. Parteitag, insbesondere die 35 Jahre seit Gründung der Volksrepublik und die neue Lage seit dem Dritten Plenum des XI. Parteitags. In dem Stück wirken über 1.400 Darsteller mit, die 68 verschiedenen Ensembles des ganzen Landes angehören. Seit dem vor zwanzig Jahren geschaffenen Sing- und Tanzdrama "Der Osten ist rot" (Dongfang hong) habe China damit zum zweitenmal ein außergewöhnliches Kunstwerk geschaffen, das ein wichtiges Projekt beim Aufbau einer sozialistischen geistigen Kultur sei, heißt es in der Volkszeitung (RMRB, 29.9.84).

"Lied der chinesischen Revolution" ist das Produkt der offiziellen chinesischen Theaterpolitik. Obwohl man nach der Kulturrevolution den revolutionären Musterstücken nach dem Geschmack Jiang Qings auch von offizieller Seite eine Absage erteilt hatte, und seitdem das traditionelle chinesische Theater eine ungeahnte Renaissance erlebt, erstreben Theaterfachleute weiter eine Reform des Theaters. Zwar respektiert man die Vorliebe des Publikums für traditionelle Opern, doch man beklagt den Mangel an guten Theaterstücken mit modernem Inhalt. Ob das neue Stück hier eine Lücke füllt und wie es beim Publikum ankommt, bleibt abzuwarten. Das "Lied der chinesischen Revolution" unterscheidet sich in vieler Hinsicht von seinem Vorgänger. Während "Der Osten ist rot" die revolutionären Taten Mao Zedongs in maßloser Übersteigerung besang, werden diese in dem neuen Stück dadurch relativiert, daß sie in den gesamten revolutionären

Prozeß seit dem Opiumkrieg eingeordnet sind. Ob und wie weit sich das Stück stilistisch von der revolutionären Romantik gelöst hat, scheint allerdings fraglich.-st-

AUSSENWIRTSCHAFT

*
*
* * * * *

*(27)

EG und Volksrepublik erneuern Kooperationsabkommen

Die Volksrepublik China und die EG haben ein Kooperationsabkommen paraphiert, das den am 3. April 1978 abgeschlossenen Fünfjahresvertrag zur Förderung der beiderseitigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen um weitere fünf Jahre verlängert. Gleichzeitig wurden mehrere neue Bereiche für die chinesisch-europäische Zusammenarbeit erschlossen. Das Kooperationsabkommen ermöglicht eine Intensivierung der Beziehungen in allen Bereichen, wobei das Schwergewicht nach Angaben aus Brüssel künftig auf die Sektoren Industrie, Bergbau, Landwirtschaft, Wissenschaft und Technologie, Energie, Verkehr, Umweltschutz sowie auf die Zusammenarbeit in Drittländern gelegt wird. Die Kooperation soll insbesondere durch Joint Ventures, den Austausch von Wirtschaftsinformationen, technische Hilfe, Investitionsförderung u.ä. gefördert werden.

Bezüglich der EG-Finanzhilfe an China, eines der heikelsten Probleme bei der Aushandlung des Vertragswerkes, einigten sich beide Parteien auf eine Kompromißformel, nach welcher die EG ihre Absicht bekündigt, Entwicklungshilfe "gemäß ihren Möglichkeiten" zu leisten. Eine rechtliche Verpflichtung oder gar ein eigentliches Finanzprotokoll gibt es freilich nicht. Das fünfjährige Kooperationsabkommen, das anschließend jedes Jahr automatisch verlängert werden kann, dürfte Anfang 1985 in Kraft treten, sofern es im Herbst 1984 vom EG-Ministerrat und der chinesischen Spitze unterzeichnet wird, woran jedoch nicht gezweifelt wird.

Der bestehende Handelsvertrag enthält als wesentlichen Punkt die gegenseitige Einräumung der Meistbegünstigungsklausel. Darüber hinaus wurde die Volksrepublik 1980 erstmals in die Liste derjenigen Entwicklungsländer aufgenommen, die vom EG-Schema der allgemeinen Zollpräferenzen profitieren.

Die Gemeinschaftseinfuhren aus China haben sich in den letzten

Jahren vervierfacht, während die EG-Exporte nach der Volksrepublik um das 2 1/2fache gesteigert werden konnten. Die EG-Importe stiegen von 1975 bis 1983 von 668 Mio.ECU auf 2,665 Mrd.ECU, während die EG-Ausfuhren in der gleichen Zeit von 1,154 Mrd.ECU auf 2,755 Mrd.ECU zunahmen.

Die EG-Kommission hat gegen die Volksrepublik in zwei Fällen Anti-Dumping-Verfahren eingeleitet. Im ersten Fall handelt es sich um die Einfuhr von Rollenketten für Fahrräder und Krafträder. Die EG-Kommission reagierte damit nach eigenen Angaben auf eine Beschwerde des deutschen Fachverbandes Fahrrad- und Kraftradteileindustrie, die von den übrigen EG-Herstellern unterstützt wurde. Die Volksrepublik China (und auch die UdSSR) haben dieser Beschwerde zufolge ihren gemeinsamen Anteil am EG-Markt dank einer anhaltenden Niedrigpreispolitik im Jahre 1983 auf 11,5% gegenüber 9,2% im Jahre 1982 ausgedehnt. Die Preise der sowjetischen und chinesischen Ketten lägen bis zu um 50% unter dem EG-Niveau, so hieß es in Brüssel.

Mit Wirkung vom 26.9.1984 hat die EG-Kommission bei der Einfuhr von künstlichem Korund aus der Volksrepublik China (und der CSSR) einen vorläufigen Anti-Dumping-Zoll festgesetzt. Der Zollsatz, der zunächst für die Dauer von vier Monaten gilt, beträgt für China 8,3% bei braunem und 6,2% bei weißem Korund. Der Zollbeschluß geht auf einen Antrag des EG-Chemiedachverbandes CEFIG vom September 1983 zurück, der sich ursprünglich gegen Spanien und Jugoslawien gerichtet hatte. (NFA, 7.9., 27.9., 2.10.84; NZZ, 26.9. und 2.10.84) -lou-

*(28)

Deutsch-chinesische Gemeinschaftsunternehmen

Am 2.9.1984 wurde zwischen der Shenyang Dampfkesselgesellschaft (Shenyang Boiler Company) und der Ferd.Lentjes Dampfkessel- und Maschinenbaugesellschaft ein Abkommen über die gemeinsame Produktion industrieller Dampfkessel abgeschlossen. Lentjes wird die Technologie und Schlüsselausrüstungen für die Produktion von mit Öl betriebenen Feuerrohr-Dampfkesseln und gasgefüllten Dampfkesseln liefern. Ein Teil der Produkte wird in der Volksrepublik verkauft werden.

Die Firma Ate-Klimatechnik unterzeichnete ein Abkommen mit der Klimaanlage-Fabrik Shenyang (Shenyang Air-Conditioner Factory) über die gemeinsame Produktion von Fenster-Klimageräten. Die Fabrik

in Shenyang wird 36.900 Klimaanlage mit der Technologie, Ersatzteilen und Rohmaterialien, die von der deutschen Firma geliefert werden, anfertigen. Die Dauer dieses Abkommens zur Gemeinschaftsproduktion wurde auf drei Jahre festgesetzt.

Zwischen der allgemeinen Brauerei Wuhan und der Beijing Everbright Co. Ltd. auf der chinesischen Seite und der AMS-Gruppe (AMS-Anlagenplanung, Hamburg) auf deutscher Seite wurde ein Vertrag zur Errichtung eines Joint Venture abgeschlossen. Das Kapital des Joint Venture, das unter dem Namen Sino-German Yangtze River Brewery Ltd. firmiert, hat ein Volumen von 84,5 Mio.Yuan. Die Laufzeit des Unternehmens wird 15 Jahre sein. In der ersten Phase der Produktion werden jährlich 100 Mio. Flaschen Bier und in der zweiten Phase 200 Mio. Flaschen Bier produziert werden. Die Aufbauperiode wird 24-28 Monate in Anspruch nehmen. Moderne Bauausrüstungen werden aus der Bundesrepublik importiert. 20% der Produktion sollen vom deutschen Partner in andere Länder exportiert werden.

Zwischen der Dresdner Bank, einer japanischen Großbank, der Bank of China sowie drei chinesischen Außenhandelsgesellschaften wurde ein Vertrag zur Gründung einer gemeinsamen Leasing-Gesellschaft unterzeichnet. Das Joint Venture, das unter dem Namen China Universal Leasing Co.Ltd., Beijing, firmiert, ist mit einem Kapital von zunächst 3 Mio.US\$ gegründet worden. Die Kapitalanteile verteilen sich wie folgt:

- 24% Bank of China
- 10% China National Machinery Import and Export Corp.
- 10% China National Instruments Import and Export Corp.
- 10% China National Technical Import Corp.
- 23% Sanwa Bank Ltd., Osaka
- 23% Dresdner Bank AG, Frankfurt.

Die China Universal Leasing soll vor allem den Handel zwischen der Volksrepublik, der Bundesrepublik und Japan fördern. Besonders bedeutsam ist, daß die Leasinggesellschaft selbst als Direktimporteur auftreten kann. Damit entfällt die sonst übliche Vorschaltung von chinesischen Handelsgesellschaften. Die drei beteiligten chinesischen Außenhandelsgesellschaften unterstehen direkt und unmittelbar dem chinesischen Ministerium für Außenwirtschaft und Außenhandel. Aus der Zusammensetzung der chinesischen Seite kann geschlossen werden, daß Elektronik, elektrische Ausrüstungen, Transportwesen sowie Ausrüstungsgegenstände besondere Geschäftsschwerpunkte der neuen